

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

18. WP - 129. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. Juli 2016, 9 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Thomas Rother (SPD)	Vorsitzender
Tobias Koch (CDU)	
Hans Hinrich Neve (CDU)	
Peter Sönnichsen (CDU)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Bernd Heinemann (SPD)	i. V. v. Lars Winter
Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	i. V. v. Eka von Kalben
Dr. Heiner Garg (FDP)	
Torge Schmidt (PIRATEN)	
Lars Harms (SSW)	

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. HSH Nordbank AG	4
2. Terminplanung 2017 Umdruck 18/6385	6
3. Information/Kenntnisnahme Umdruck 18/6304 - IT-Projekte Umdruck 18/6328 - Zahnmedizin Umdruck 18/6329 - Sondervermögen Breitband	7
4. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Rother, eröffnet die Sitzung um 9:00 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

HSH Nordbank AG

Auf Fragen von Abg. Koch erwidert Finanzministerin Heinold, die aufsichtsrechtliche Wirkung der Garantie werde permanent überprüft. Die EZB werde ihr Prüfergebnis im Laufe des Jahres 2016 an die HSH Nordbank kommunizieren.

Finanzstaatssekretär Dr. Nimmermann ergänzt, nähere Informationen zur Prüfung könne nur die EZB selbst oder die Bank im Beteiligungsausschuss, der nächste Woche tage, machen. Der Jahresabschluss 2015 der HSH Nordbank AG sei vom Wirtschaftsprüfer testiert worden. Der Finanzvorstand der HSH habe in seiner Investorenpräsentation in der letzten Sitzung des Beteiligungsausschusses am 16. Juni 2016 dargelegt, dass eine Neubewertung der Transaktionsportfolien in bilanzieller Sicht zu einer höheren Auslastung der Garantie führe. Die Landesregierung teile die Einschätzung der Bank hinsichtlich der Risiken Wechselkurs und Schifffahrtsmarkt.

Abg. Koch kritisiert, dass weder HSH noch Landesregierung gegenüber dem Ausschuss den im Geschäftsbericht zu lesenden Risikohinweis erwähnt hätten, dass es zu einer vollständigen Inanspruchnahme der Garantie kommen könne, was sich negativ auf die Eigenkapitalquote der Bank auswirke.

Staatssekretär Dr. Nimmermann macht darauf aufmerksam, dass die Bank einer Belastung der Eigenkapitalquote dauernd entgegensteuere, zum Beispiel durch die Abgabe von Risikoportfolien an die Länder.

Eine weitere Frage von Abg. Koch beantwortet Ministerin Heinold dahin, seit 2008/2009 sei das Land zur Stützung der HSH ein hohes finanzielles Risiko eingegangen. Die Verluste, die für Schleswig-Holstein und Hamburg bis zu 10 Milliarden € betragen könnten, seien bitter und schmerzhaft, und die Landesregierung handele nach bestem Wissen und Gewissen, um so vermögenschonend wie möglich mit der Situation umzugehen.

Staatssekretär Dr. Nimmermann wiederholt die Einschätzung der Landesregierung, dass eine Abwicklung für das Land die teurere Lösung gewesen wäre. Über die Entwicklung der aufgekauften Schiffskredite, deren Übertragungswert von 2,4 Milliarden €PwC bestätigt habe, und die Quartalsabschlüsse der hsh portfoliomanagement AöR werde der Beteiligungsausschuss regelmäßig unterrichtet.

Demgegenüber kommt Abg. Koch zu dem Ergebnis, dass die Kosten einer möglichen Abwicklung der Bank mit einer Auslastung der Garantie von mehr als 10 Milliarden € und der Übernahme von 256 Schiffskrediten mit 14 Milliarden bis 16 Milliarden € 2018 teurer werde als 2015.

Ministerin Heinold begründet die 2015 getroffene Entscheidung, dass die Weiterführung der Bank gegenüber der Abwicklung die vermögenschonendste Variante sei. Unter den getroffenen Annahmen, mit Blick auf den deutschen Finanzmarkt und in Abstimmung mit allen Beteiligten habe die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit der EU-Kommission eine Vereinbarung für ein Rettungspaket der Bank getroffen.

Der Beteiligungsausschuss wird sich am 14. Juli 2016 näher mit den auf die Länder übertragenen Portfolien befassen. Wissenschaftlicher Dienst und Finanzministerium werden gebeten, einen Weg zu finden, in welcher Form die von Abg. Koch mit [Umdruck 18/6267](#) erbetenen Informationen den Ausschussmitgliedern zugänglich gemacht werden.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Terminplanung 2017

[Umdruck 18/6385](#)

Der Finanzausschuss beschließt die Sitzungstermine im ersten Halbjahr 2017, [Umdruck 18/6385](#).

Punkt 3 der Tagesordnung:

Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 18/6304](#) - IT-Projekte

[Umdruck 18/6328](#) - Zahnmedizin

[Umdruck 18/6329](#) - Sondervermögen Breitband

Zu [Umdruck 18/6328](#) mahnt Frau Dr. Schäfer, Präsidentin des Landesrechnungshofs, die Umsetzung des Landtagsvotums [Drucksache 18/3508](#) Ziffer 26 an, ein strategisches Konzept der **Hochschulmedizin** (einschließlich Zahnmedizin) als Basis für künftige Ziel- und Leistungsvereinbarungen bis zum Ende des zweiten Quartals 2016 vorzulegen, Herr Dr. Eggeling, Senatsmitglied des Landesrechnungshofs, die Umsetzung des Landtagsvotums [Drucksache 18/323](#) Textziffer 25, die strategischen hochschulpolitischen Ziele (Strategisches Hochschulkonzept) vorzulegen.

Der Finanzausschuss möchte vom Wissenschaftsministerium wissen, wann das geforderte strategische Konzept der Hochschulmedizin vorgelegt werde.

Zu [Umdruck 18/6329](#) - **Sondervermögen Breitband** - fragt Abg. Koch das Wirtschaftsministerium, ob es 2015 versäumt worden sei, die Mittel zinsbringend anzulegen.

Der Finanzausschuss nimmt die [Umdrucke 18/6304](#) und 18/6328 zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Die nächsten Sitzungen von Finanzausschuss, Arbeitsgruppe Haushaltsprüfung und Beteiligungsausschuss finden am 14. Juli 2016 statt.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 9:50 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer